SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Haushalt und Haushalten in Ostdeutschland: zwischen Anpassung und aktiver Gestaltung

Schultz, Annett

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schultz, A. (1998). Haushalt und Haushalten in Ostdeutschland: zwischen Anpassung und aktiver Gestaltung. *Zeitschrift für Familienforschung*, *10*(1), 71-93. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-291657

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Annett Schultz

Haushalt und Haushalten in Ostdeutschland: Zwischen Anpassung und aktiver Gestaltung

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt des Beitrages stehen die Entwicklung und Ausprägung von Aktivitätsmustern der Alltagsbewältigung ostdeutscher Haushalte unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Von besonderem Interesse ist die Bewältigung von und die Vorsorge für Problemsituationen bzw. -phasen, nicht zuletzt Arbeitslosigkeitsphasen. Die Analysen weisen nach, daß ein Zusammenhang zwischen den im Haushalt verfügbaren Ressourcen und den präferierten Aktivitäten besteht. Obgleich Haushalte in eher benachteiligten Lebenslagen, z.B. Arbeitslosenhaushalte, durchaus ein größeres Bestreben zeigen, ihre Situation auch über unterschiedliche Wege zu verbessern, müssen sie in der Regel Einschränkungen in der Lebensführung hinnehmen. Sie müssen sich in ihren Aktivitäten zumeist auf eher passive Anpassungsleistungen beschränken. Haushalte, die in einer günstigeren sozialen Lage sind, können darüber hinaus auch gewinnorientierte Aktivitäten realisieren und somit ihre Ressourcen noch erweitern.

Schlagworte: Sozialberichterstattung, Haushaltsforschung, Privathaushalte im Transformationsprozeß, Haushaltsstrategien und Alltagsbewältigung in Ostdeutschland.

Abstract

The article aims at exploring the formation and development of activities to ma-nage the household in the new context of a market economy in East Germany. Of specific interest in this respect are the strategies pursued for coping with precarious situations, i.e. unemployment, or for taking precautions in case they occur.

The analyses show a close relationship between the resources available in the household and the preferred activities. Although households in disadvantaged positions, as for instance households of unemployed persons, actually show more efforts and follow a larger variety of ways to improve their situation, they normally have to put up with restrictions in their lifestyle. As a rule, they have to limit themselves in their activities to more passive forms of adaptation. By contrast, advan-taged households can realise profitable activities that may even enlarge their resources.

Keywords: Social reporting, research on household, private households in the transformation process, household strategies and everyday mangement in East Germany.

Seit der Vereinigung haben sich Entscheidungs- und Handlungsspielräume ostdeutscher Haushalte in vielerlei Hinsicht verändert. Nach den radikalen Veränderungen in den Lebensverhältnissen seit 1990 waren alle Haushalte gefordert, die nun entstandenen neuen Dispositionen der Lebensgestaltung mit ihren haushaltsinternen Ressourcen und Restriktionen auszubalancieren. Aufgrund der Geschwindigkeit des Umbaus der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen konnte man in der ersten Phase der Transformation eher von einem bloßen Reagieren der Haushalte auf Veränderungen sprechen, so z.B. auf die teilweise Auflösung der Doppelerwerbstätigkeit in Paarhaushalten und auf die neuen Konsummöglichkeiten. Gegenwärtig hat sich das Tempo der Veränderungsprozesse normalisiert. Die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen sind für die Haushalte wieder einschätzbar, Chancen und Risiken abwägbar. Die Frage nach der Lebensgestaltung und Alltagsbewältigung unter den veränderten strukturellen Gegebenheiten kann daher heute unter neuen Prämissen betrachtet werden, was im folgenden auf der Basis einer Regionalstudie in der Stadt Brandenburg geschehen soll.

Inhaltlich konzentrierte sich diese Studie auf die eigenverantwortliche Lebensgestaltung, Haushaltsführung und -planung ostdeutscher Privathaushalte. Eine Haushaltsbefragung im September 1996 erfaßte sowohl die haushaltsinternen Ressourcen und Restriktionen als auch relevante Aktivitäten. Die Untersuchung geht der Frage nach, welche Auswirkungen die veränderten Rahmenbedingungen auf die Alltagsbewältigung ostdeutscher privater Haushalte hat. Welche Aktivitätsmuster bzw. Strategien entwickeln die Haushalte aus dem für sie zutreffenden Handlungsrahmen? Lassen sich für bestimmte Haushaltsgruppen typische Muster der Alltagsbewältigung erkennen? Die Aufmerksamkeit richtet sich somit auf die eher unspektakulären, haushaltsinternen Prozesse des Haushaltens. Es wird der Ausprägung von Aktivitätsmustern sowie der Bewältigung von, aber auch der Vorsorge für Problemsituationen bzw. -phasen, nicht zuletzt Arbeitslosigkeitsphasen, im Alltag nachgegangen. „Haushalten" wird hier als „... besonderes Abstimmungs-, Entscheidungs- und Allokationsverfahren" (Glatzer, 1994, S. 244) der Haushaltsmitglieder verstanden.

Haushalten beinhaltet also sowohl

- das Reflektieren der Haushaltsbedürfnisse aller Haushaltsmitglieder,
- das Abwägen zwischen Haushaltszielen und verfügbaren Ressourcen unter Berücksichtigung der haushaltsinternen Restriktionen als auch
- das „Haushaltsmanagement", also die Organisation und Durchführung der gewählten Aktivitäten.

Der Handlungsrahmen des Haushaltens ist auf der Mesoebene durch die internen Ressourcen der Haushalte bestimmt. Ressourcen sollen hier verstanden werden als verfügbare Leistungen und Güter. Diese werden einerseits durch Merkmale der Haushaltszusammensetzung konstituiert und andererseits durch individuelle Merkmale, also ökonomische und sozialstrukturelle Merkmale der Haushaltsmitglieder. Im Haushaltszusammenhang können sich diese Merkmale bzw. frühere Haushaltsereignisse positiv oder negativ auf die Haushaltssituation auswirken. Sie be-

stimmen damit aktuell und zukünftig die Handlungsmöglichkeiten, die Entscheidungen sowie letztlich das Handeln aller Haushaltsmitglieder. Darüber hinaus wirken Marktbedingungen, insbesondere die schlechte Arbeitsmarktlage, institutionelle Regelungen, wie die Vorruhestandsregelung und sozialstaatliche Transfers, als Einflußfaktoren der Makroebene auf die Handlungsmöglichkeiten. Neben diesen objektiven Faktoren wirken subjektive Merkmale der Haushaltsmitglieder auf die Art und Weise der Alltagsbewältigung und die Wahl der Aktivitäten. Dem Ansatz dieser Untersuchung liegt daher, orientiert an sozialpsychologischen Ansätzen zur Bewältigung von Problemsituationen (Coping-Theorie) und Theorien zur Kontrollüberzeugung, die Unterscheidung zwischen gewinnorientierten und verlustvermeidenden Strategien der Lebensgestaltung zugrunde (Huinink et al., 1994; Trommsdorff, 1994; Heckhausen, 1994; Hormuth & Heller, 1996). Gewinnorientierte Strategien liegen vor, wenn die Haushalte bewußt und konstruktiv versuchen, ihre Lebensumwelt durch aktives, vorwiegend extern orientiertes Handeln zu beeinflussen. Es können z.B. dauerhaft bzw. vorübergehend neue Einkommensquellen erschlossen werden. Verlustvermeidende Strategien bezeichnen eine stete passive Anpassung an eine nicht zu ändernde Umwelt. Die Haushalte konzentrieren sich hauptsächlich auf interne Aktivitäten, auf die Einschränkungen in der Lebensführung, z.B. durch intensivere Nutzung vorhandener Haushaltsressourcen. Es wird also Verhaltensweisen der Alltagsbewältigung in den Haushalten nachgegangen, denen in gewissem Sinne strategiebestimmte Entscheidungen über Ressourcenpotentiale und Umweltbedingungen zugrunde liegen, und die in einer entsprechenden Präferenz von gewinnorientierten oder verlustvermeidenden Aktivitäten zum Ausdruck kommen.

Die empirischen Analysen im vorliegenden Beitrag sollen folgende Fragen klären:

a) Wie lassen sich die Zusammenhänge zwischen Haushaltsstrukturmerkmalen, sozialstrukturellen Merkmalen der Haushaltsmitglieder und der subjektiven Bewertung der Haushaltssituation in den betrachteten ostdeutschen Haushalten charakterisieren?
b) Welche Veränderungen in den Aktivitätsmustern haben sich seit der Vereinigung ergeben?
c) Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Ressourcenlage der Haushalte und den präferierten Aktivitätsmuster zur Alltagsbewältigung?

Datenbasis und Untersuchungsregion

In der Regionalstudie wurden im September 1996 405 Haushalte befragt. Um der Zielsetzung der Verfolgung aktiver Transformationsbewältigung, insbesondere der Arbeitsmarktbewältigung, gerecht zu werden, wurde die Grundgesamtheit auf 25- bis 60jährige Bezugspersonen des Haushalts eingeengt.[1] Diejenige erwachsene

1 Die Erhebung lief im Rahmen des Drittmittelprojektes „Soziale Lage privater Haushalte im gesellschaftlichen Umbruch Ostdeutschlands", das am Wissenschaftszentrum Berlin

Person im Haushalt, die nach Angaben der Haushaltsmitglieder am besten über die Belange des Gesamthaushalts und die Haushaltsführung Auskunft geben konnte, beantwortete den Hauptteil des Fragebogens mit allgemeinen Fragen zum Haushalten und zur Haushaltsstruktur. Für einige ausgewählte Fragestellungen wurde ebenfalls deren Ehe- bzw. Lebenspartner (303 Personen) befragt, soweit es diese Person im Haushalt gab. Die befragte Generation wird im folgenden Primärgeneration genannt, da es sich um diejenige Generation des Haushalts handelt, die die überwiegende Verantwortung für den Unterhalt des Haushalts und die Haushaltsentscheidungen trägt.

Im folgenden sollen einige Konturen zu den regionalen wirtschaftlichen Gegebenheiten und Veränderungen Brandenburgs in den letzten Jahren nachgezeichnet werden, um den objektiven Handlungsrahmen der befragten Haushalte näher zu charakterisieren.

Brandenburg an der Havel ist mit heute über 80 000 Bewohnern als Industrie- und Arbeiterstadt mit eher durchmischter Wirtschaftsstruktur zu beschreiben. Brandenburg war neben Potsdam die wichtigste Industriestadt des Bezirks Potsdam. Vor 1990 prägte das Stahl- und Walzwerk mit etwa 10 000 Beschäftigten als größter Arbeitgeber die Stadt. Daneben waren weitere Betriebe der Metall-, Textil- und Lebensmittelindustrie präsent. 1989 arbeitete etwa die Hälfte aller Erwerbstätigen Brandenburgs, etwas mehr als 20 000, im produzierenden Gewerbe. Damit war die Wirtschaftsstruktur der Stadt bis zur Wende, wie in Ostdeutschland insgesamt, durch eine starke Dominanz des industriellen Sektors, insbesondere der Schwerindustrie, geprägt. In den Jahren seit der Vereinigung vollzogen sich auch in Brandenburg Umstrukturierungen in allen Lebensbereichen. Die wirtschaftlichen Veränderungen zu Beginn der 90er Jahre brachten in erster Linie wirtschaftliche Probleme und damit Einbrüche in den Beschäftigungszahlen. Der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt ist, wie überall in Ostdeutschland, enorm zurückgegangen (bis 1995 um mehr als 10 000 Erwerbstätige). Insbesondere die Umstrukturierung in der veralteten Stahlindustrie führte zu großen Entlassungswellen. Der Großteil des Stahl- und Walzwerks wurde geschlossen. Erhalten blieb nur das Elektrostahlwerk mit etwa 750 Mitarbeitern. Der Niedergang des größten Betriebes der Stadt hatte Auswirkungen auf viele Zulieferbetriebe und Nebengewerbe der Region. Aber auch die Betriebe der anderen ansässigen Branchen gerieten in die Krise, hatten und haben mit großen Umstellungsproblemen zu kämpfen. Die Arbeitslosenquote liegt seit 1993 über 16% und ist 1996 sogar auf 20% angestiegen und das, obgleich die Stadt weiterhin ständig junge Einwohner verliert, die für sich keine Zukunftschancen in der Stadt sehen (vgl. Statistischer Bericht, 1996). Gleichzeitig boten sich aber, wenn auch nur begrenzt, Optionen sowohl im Hinblick auf die Entwicklung mittelständischer Unternehmen als auch auf dem Arbeitsmarkt. Es ist zum Teil gelungen, neue moderne Wirtschaftsunternehmen anzusiedeln. Auch mittelständische Unternehmen der Metallherstellung und -verarbeitung sowie der Baubranche konnten sich neu etablieren (vgl. Schwarzer &

für Sozialforschung angesiedelt ist. Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft" gefördert.

Schweigel, 1995). Die Nähe Brandenburgs zu Berlin und die gute Verkehrsanbindung bieten im Zusammenhang mit der Hauptstadtförderung und der wirtschaftlichen Förderung der Region Berlin – Brandenburg als Wirtschaftsraum günstige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Darüber hinaus setzt die städtische Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung auf die über 1000jährige Stadtgeschichte und die landschaftlich schöne Umgebung mit ihrem großen Wasserreichtum, die als Natur- und Kulturlandschaft für den Fremdenverkehr erschlossen werden soll. Dennoch, die über Jahre hinweg sehr hohe Arbeitslosenrate konnte nicht gesenkt werden; man kann vielmehr von einer Verfestigung der Arbeitslosenstrukturen sprechen. Die neu angesiedelten Unternehmen haben nur einen geringen Anteil der weggebrochenen Arbeitsplätze ausgleichen können.

Haushaltsressourcen und Haushaltsrestriktionen

All diese wirtschaftlichen Veränderungen und Probleme haben selbstverständlich große Rückwirkungen auf die Lebensbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der privaten Haushalte, in denen die Menschen dieser Stadt leben. Von entscheidendem Einfluß für die Haushaltsführung der verschiedenen Haushalte sind die unterschiedlichen Ressourcen, über die im Haushaltskontext verfügt werden kann. Aber auch aus diesem Kontext resultierende Restriktionen können die zukünftigen Aktivitäten der Haushaltsmitglieder eingrenzen. Zu Beginn soll daher ein Blick auf die Ressourcen der betrachteten Brandenburger Haushalte geworfen werden.

In der folgenden Analyse steht die aktuelle materielle und monetäre Seite der Ressourcen der Haushalte im Vordergrund. Näher betrachtet werden das aktuelle Pro-Kopf-Einkommen, die monatlichen Sparbeträge als Ausdruck von Vermögensbildung bzw. der Möglichkeit der Haushalte zur Vermögensbildung und die Verfügung über Wohneigentum (vgl. Tabelle 1). Das Haushaltseinkommen wurde äquivalenzgewichtet, um den spezifischen Bedarf von Haushalten unterschiedlicher Größe (Mehrpersonenhaushalte sparen durch gemeinsames Wirtschaften) und unterschiedlicher Zusammensetzung (Kinder haben einen niedrigeren Bedarf als Erwachsene) zu berücksichtigen.

Tabelle 1: Ressourcen und Restriktionen der Haushalte

	Pro-Kopf-Einkommen[1]	monatlicher Sparbetrag	Wohneigentum	Kreditverpflichtung		Miet-/Wohnkostenbelastung[2]
				monatlich	Haushalte	
	Ø/DM	Ø/DM	%	Ø/DM	%	%
Insgesamt	1470	280	18	180	34	22
Haushaltsstruktur:						
Einpersonenhaushalt	1610	90	12	90	20	31
Alleinerziehende	(1260)	(330)	(4)	(70)	(22)	(27)
Partnerhaushalte ohne Kinder	1580	310	24	150	27	22
Haushalte mit Kindern, insg.	1300	350	18	260	48	20
Mit 1 Kind	1340	380	16	250	48	20
mit 2 und mehr Kindern	1240	320	20	270	47	20
Erwerbsbeteiligung der Primärgeneration						
beide erwerbstätig	1650	470	19	280	47	18
mindestens 1 Partner erwerbstätig	1510	320	21	170	35	22
beide arbeitslos	1130	160	20	160	32	23
alleinlebend, -erziehend/ arbeitslos	1310	30	15	33	9	30
alleinlebend, -erziehend/ erwerbstätig	(1810)	(180)	(7)	(180)	(42)	(24)
Bildung der Primärgeneration:						
ohne bzw. Hauptschulabschluß	1390	130	18	90	18	26
mindestens 1 Partner Realschulabschluß	1450	250	18	210	41	21
mindestens 1 Partner Abitur	1670	540	16	240	40	21

1 Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet mit Bedarfsgewichten der Sozialhilfeskala.

2 Anteil am Haushaltsnettoeinkommen.

( ) Fallzahl unter 30.

Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Der Gewichtung liegen die Bedarfsgewichte der Sozialhilfeskala zugrunde. Als aktuelle Restriktion für die Haushalte sollen die Kreditverpflichtungen und die monatlichen Miet- bzw. Wohnkostenbelastungen, die als Anteil am Haushaltseinkommen ausgewiesen werden, gelten.

Wenden wir uns zuerst den Merkmalen der Haushaltszusammensetzung zu. Ohne Frage haben die Haushaltsform und die Anzahl der Kinder, die im Haushalt leben, Einfluß auf die Haushaltssituation. Am ungünstigsten hinsichtlich der Haushaltseinkommen stellt sich erwartungsgemäß die Situation für die Brandenburger Alleinerziehenden und für Haushalte mit zwei und mehr Kindern dar. Die Kosten

der Versorgung, Betreuung und Erziehung von Kindern belasten das Finanzbudget der Haushalte in besonderem Maße. Ihr Sparverhalten ist aber offensichtlich nicht einschränkt.

Unter den kinderreichen Partnerhaushalten besitzen immerhin 20% Wohneigentum, und ihre Wohnkostenbelastung ist durchschnittlich. Alleinerziehende hingegen haben nur sehr selten Wohneigentum und eine hohe Mietkostenbelastung, was auf eine sehr eingeschränkte Lebensführung hindeutet. Diese relative Schlechterstellung der Alleinerziehenden-Haushalte konnten wir bereits für Ostdeutschland insgesamt mit den Daten des Soziooekonomischen Panels nachweisen (vgl. Berger & Schultz, 1996; Berger & Schultz, 1997). Bezüglich der Einkommen können Einpersonenhaushalte über ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen verfügen. Aber auch hier weisen das überaus geringe monatliche Sparvermögen und ein unterdurchschnittlicher Anteil von Wohneigentum unter den Alleinstehenden auf eher geringe Rücklagen und materielle Sicherheiten dieser Haushalte hin. Einen nicht unwesentlichen Anteil an dieser Situation hat sicherlich die vergleichsweise höchste Miet- bzw. Wohnkostenbelastung der Einpersonenhaushalte. Partnerhaushalte ohne Kinder hingegen liegen bei allen Ressourcen über, bei den Restriktionen unter dem Durchschnitt. Auch die Haushaltssituation der Partnerhaushalte mit nur einem Kind ist trotz der niedrigen Wohneigentumsrate positiv zu werten. Insgesamt gesehen sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltsgruppen allerdings wenig ausgeprägt. Es soll daher im weiteren geprüft werden, ob Unterschiede über die individuellen Merkmale der Primärgeneration nachzuweisen sind. Untersuchungen zur sozialen Lage in Ostdeutschland haben die hervorgehobene Stellung der Erwerbstätigkeit und deren Aufrechterhaltung im Zeitverlauf in mehrfacher Hinsicht nachgewiesen (vgl. Berger & Schultz, 1994; Holst & Schupp, 1994; Lutz, Nickel, Schmidt & Sorge, 1996). Für die Primärgeneration der Haushalte waren Veränderungen im Erwerbsleben, besonders die Erfahrung mit Arbeitslosigkeitsphasen herausragende und das weitere Leben prägende Ereignisse in den Jahren der Transformation. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Erwerbskonstellationen der (Ehe-)Partner. Die vormalig fast ausschließliche und bis heute anhaltend hohe Vollerwerbstätigkeit von Männern und Frauen in den neuen Bundesländern auch während der Familienphase ist bekannt. So war 1994 das vollzeiterwerbstätige Paar mit Kindern noch immer die häufigste Lebensform der Bevölkerung unter 65 Jahren in Ostdeutschland (vgl. Schulze Buschoff, 1996, S. 197). Das Erbe der hohen Erwerbsbeteiligung strukturierte in der Vergangenheit und strukturiert auch heute primär den Lebensverlauf und die Lebenslage ostdeutscher Haushalte. Eine wichtige Bedingung für die Aufrechterhaltung dieser hohen Frauenerwerbsquote ist das weiterhin existente und intensiv genutzte Netz der Kinderbetreuungseinrichtungen. Als konstituierende Komponente der Ressourcen der Haushalte wird deshalb die aktuelle Erwerbsbeteiligung beider Partner der Primärgeneration in die Analyse einbezogen. Neben dieser Einflußgröße besteht ein enger Zusammenhang zwischen Erwerbsbeteiligung, Bildungsniveau und erreichtem bzw. zu erreichendem sozialem Status des einzelnen sowie mittelbar des Haushalts in der Gesellschaft. Das Humankapital des Haushalts ist deshalb über den Bildungsabschluß der Primärgeneration operationalisiert.

Die individuellen Merkmale der Primärgeneration zeigen z.T. eine deutlichere Differenzierung als die Haushaltsstrukturmerkmale; dabei differenziert erwartungsgemäß besonders die Erwerbsbeteiligung. Reine Arbeitslosenhaushalte verfügen über die geringsten Haushaltsressourcen. Für Alleinstehende oder Alleinerziehende steigt mit der Arbeitslosigkeit die Mietkostenbelastung auf 30% des Haushaltseinkommens an – fast 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der betrachteten Brandenburger Haushalte. Mit der Erwerbsbeteiligung und einem höheren Bildungsniveau steigen die Haushaltseinkommen und das monatliche Sparvermögen erheblich über den Durchschnitt. Da Wohneigentum in der Regel bereits längere Zeit, z.T. bereits vor der Vereinigung, vorhanden war, ist keine negativ differenzierende Wirkung durch den aktuellen Erwerbsstatus zu erkennen. Der vergleichsweise hohe Anteil an Wohneigentum bei den heute arbeitslosen Partnerhaushalten könnte sogar für einen relativen Ausgleich der prekären Beschäftigungslage sorgen, da keine Mietzahlungen das engere Haushaltsbudget belasten. Die oft vertretene Auffassung wachsender Überschuldung der Haushalte in Ostdeutschland kann mit den vorliegenden Daten für Brandenburg nicht bestätigt werden. Vielmehr scheint eine Anpassung der Kreditverpflichtungen an die Ressourcenlage der Haushalte zu erfolgen. Dies deutet auf einen sorgfältigen und umsichtigen Umgang der Haushalte mit Kreditaufnahmen hin und kann als Ausdruck längerfristiger Haushaltsplanung interpretiert werden. Dies schließt aber nicht aus, daß auch in unserer Stichprobe einige Haushalte „überschuldet" sind. Insgesamt handelt es sich bei diesen aber um Ausnahmen.

Nun könnte man einwenden, daß es sich bei den hier betrachteten Angaben zum Erwerbsstatus und zur Haushaltssituation um Momentaufnahmen handelt. Das Leben verläuft aber auch in stabilen Zeiten und erst recht in den bewegten Zeiten der Transformation nur selten geradlinig. Daher sollen Angaben zu Arbeitslosigkeit der Primärgeneration seit 1990 (Tabelle 2) als einem Indikator mit Zeitperspektive und als für die Haushaltssituation in der Vergangenheit besonders risikoreiche Phasen in die Analyse einbezogen werden. Dabei setzt die Analyse auf der Individualebene der Personen der Primärgeneration an.

Es wird danach gefragt, welche Personen der Primärgeneration der untersuchten Haushalte seit 1990 von Arbeitslosigkeit betroffen waren und wie lange. Die Monate aller Arbeitslosigkeitsphasen der befragten Brandenburger wurden aufsummiert und als Gesamtdauer ausgewiesen.

Untersuchungen zu Erwerbsverläufen und beruflicher Mobilität im Transformationsprozeß haben gezeigt, daß es trotz der großen Anfangsdynamik des Arbeitsmarktes bis 1994 etwa zwei Dritteln der Erwerbstätigen von 1990 gelungen ist, kontinuierlich im Beschäftigungssystem zu verbleiben.

Tabelle 2: Individuelle Merkmale und kumulierte Dauer der Arbeitslosigkeit (Personen der Primärgeneration)

	nie arbeitslos	bis 9 Monate arbeitslos	10 bis 24 Monate arbeitslos	24 bis 36 Monate arbeitslos	über 36 Monate arbeitslos
	in Prozent				
Insgesamt	52	15	13	8	12
Geschlecht					
männlich	57	17	11	6	9
weiblich	47	13	14	10	16
Ausbildungsabschluß					
ohne Abschluß	47	11	13	8	22
Facharbeiter	45	16	14	12	13
Hochschul-, Ingenieur-, Fachschulabschluß	65	13	12	1	9
Sonstiger Berufsabschluß	61	17	11	6	6
Alter					
unter 30 Jahren	54	19	13	9	6
30 bis unter 40 Jahre	52	15	11	11	11
40 bis unter 50 Jahre	47	23	16	3	11
über 50 Jahre	54	9	13	9	15
aktueller Erwerbsstatus					
erwerbstätig	68	18	10	3	2
arbeitslos	0	20	24	19	37
nichterwerbstätig	43	5	3	19	30
Rente/ Vorruhestand	71	1	12	7	9

Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Nach diesen Untersuchungen kam es zu einem schnellen Schließungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt, der zur Verdrängung vor allem der Älteren, von Frauen und unterer Statusgruppen aus dem Arbeitsmarkt führte (vgl. Berger, Bulmahn & Hinrichs, 1996; Mathwig & Habich, 1997; Schenk, 1996). So spricht Schenk von insgesamt nur 18% der 24- bis 50jährigen des Jahres 1990, die ihre Beschäftigung bis 1994 aufgrund einmaliger oder mehrmaliger Arbeitslosigkeit unterbrechen mußten (vgl. Schenk, 1996, S. 168). Der Anteil von etwas mehr als 50% der Brandenburger aus unserer Befragung, die seit 1990 nie arbeitslos waren, ist also im Vergleich zu Ostdeutschland insgesamt eher niedrig. In Brandenburg kann man demnach von einer besonders tiefgreifenden Arbeitsmarktkrise sprechen. Auf die schlechten Arbeitsmarktchancen der Frauen wurde bereits hingewiesen. In den vorliegenden Analysen kommen diese sowohl in dem niedrigeren Anteil von Frauen unter den Personen, die nie arbeitslos waren, als auch in den höheren Anteilen von Frauen unter den Langzeitarbeitslosen zum Ausdruck. Untersuchungen der Arbeitsmarktforschung haben gezeigt, daß Frauen in Ostdeutschland zwar nicht grundsätzlich häufiger entlassen werden, daß es für sie aber im Vergleich zu männlichen Arbeitslosen sehr viel schwerer ist, wieder eine Beschäftigung zu finden, wenn sie einmal aus dem Erwerbsleben herausgefallen sind (vgl. Mohr, 1993; vgl. Berger, Bulmahn & Hinrichs, 1996).

Da die Arbeitsmarkteinbrüche in Brandenburg im industriellen Bereich und besonders in der eher krisenbehafteten Metallbranche erfolgten, sind Facharbeiter

und Ungelernte in den letzten Jahren überproportional oft und lange arbeitslos gewesen. Unter den Personen ohne Berufsabschluß konnten zwar auch 47% Arbeitslosigkeit vermeiden, aber die Gruppe der Arbeitslosen mit mehr als 36 Monaten Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu anderen Bildungsgruppen am größten. Unter den Personen mit höheren beruflichen Abschlüssen waren dagegen 65% nie von Arbeitslosigkeit betroffen und weitere 13% blicken auf nur kurze Arbeitslosigkeitsphasen zurück. Der positive Effekt, den das höhere Ausbildungsniveau auf die Arbeitsmarktchancen hat, ist demnach auch in Brandenburg eindeutig.

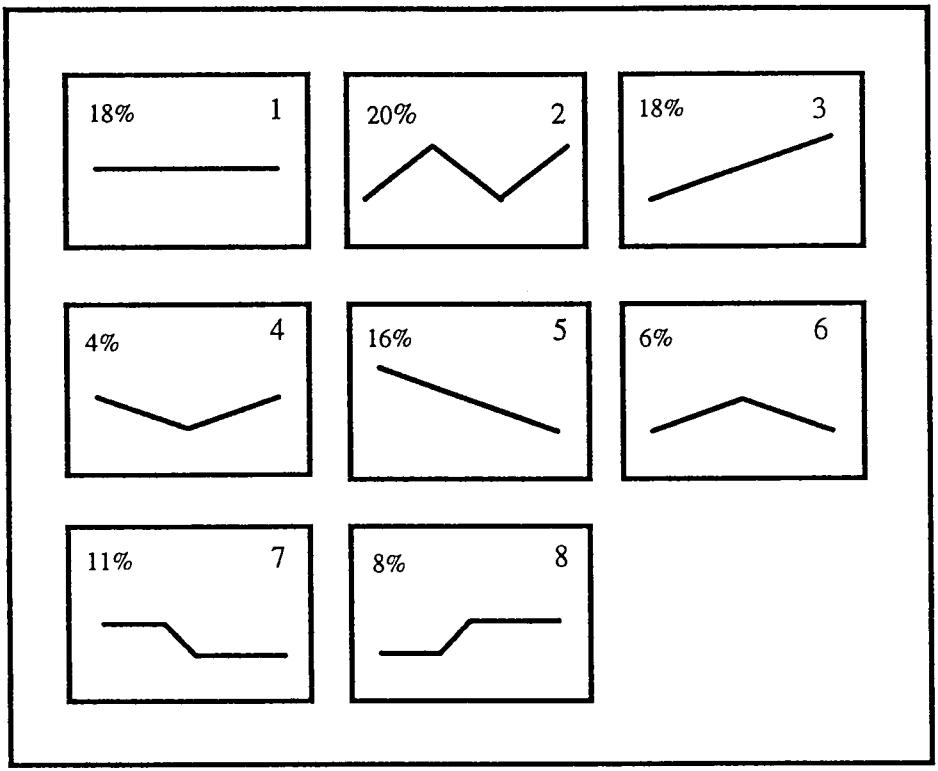
Die Altersverteilung macht einen weiteren, für Gesamtdeutschland bekannten Effekt am Arbeitsmarkt deutlich. Die Arbeitslosigkeitsphasen werden mit dem Alter der Personen länger, besonders in der Gruppe der 40- bis 50jährigen und unter den über 50jährigen. Aber auch in Brandenburg gelang einem beträchtlichen Teil aus dieser Altersgruppe offensichtlich der sofortige Übergang in den Vorruhestand, so daß von den befragten Ruheständlern 71% nie arbeitslos waren. Dieser Weg aus dem Beschäftigungssystem in den vorgezogenen Ruhestand ist ein für Ostdeutschland typisches Transformationsphänomen. Von den Erwerbspersonen des Jahres 1989 haben etwa eine Million der damals über 55jährigen diese Möglichkeit genutzt (Schenk, 1996, S. 164). Einige der Langzeitarbeitslosen haben sich vom Arbeitsmarkt ganz zurückgezogen und sind heute nichterwerbstätig. Das betrifft insbesondere Frauen. Aber auch unter den im September 1996 aktuell Arbeitslosen blicken mit einem Anteil von 37% erschreckend viele auf Arbeitslosigkeitsphasen mit einer Gesamtdauer von mehr als 36 Monaten zurück.

Subjektive Bewertung der Haushaltssituation

Die Zukunftserwartungen sowohl der Regierenden in Brandenburg als auch der Einwohner waren 1996 eher gedämpft, um nicht zu sagen pessimistisch (vgl. Weis, 1996). Dieses Stimmungsbild findet sich auch in den Daten der Befragung.

Mittels der in Abbildung 1 gezeigten Verlaufsbilder wurde danach gefragt, wie die Entwicklung der Lebensverhältnisse des eigenen Haushalts seit 1990 durch die Bezugspersonen des Haushalts bewertet wird.

Abbildung 1: Subjektive Einschätzung der Entwicklung seit 1990 (Einschätzung der Bezugsperson)



Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Die Verteilung der Antworten weist darauf hin, daß in Brandenburg ein sehr großer Teil der Haushalte der betrachteten Altersgruppe direkt von den Veränderungsprozessen betroffen war und deren Effekte durchaus unterschiedlich reflektiert. Bei einem näheren Blick lassen sich vier etwa gleich große Gruppen erkennen: 26% der Haushalte ziehen letztlich eine positive Bilanz (Bild 3 und 8), 27% bewerten die Entwicklung für den eigenen Haushalt eindeutig negativ (Bild 5 und 7), 28% kommen zu einer relativ gleichbleibenden Einschätzung, zum Teil mit zwischenzeitlichen Tiefs (Bilder 1,4 und 6), und eine Gruppe von 20% der Haushalte bewertet die Entwicklung des eigenen Haushalts eher ambivalent, als Folge von Höhen und Tiefen (Bild 2).

Was hat nun diese recht unterschiedlichen Bilanzierungen bewirkt? Um ein in dieser Hinsicht detaillierteres Bild der subjektiven Bewertung der Haushaltssituationen zu zeichnen, werden in Tabelle 3 die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard sowie die subjektiven Entwicklungsbilanzen für unterschiedliche Haushaltsgruppen näher betrachtet. Die Unzufriedenen sowohl bezüglich des Einkommens als auch bezogen auf den Lebensstandard finden sich

unter den seit 1990 beruflich Abgestiegenen. Darüber hinaus sinken die Zufriedenheiten mit der Dauer der Arbeitslosigkeit erheblich ab. Besonders positive Wertungen lassen sich demgegenüber bei Personen erkennen, die für sich seit 1990 einen beruflichen Aufstieg wahrnehmen konnten. Diese individuellen Höhen und Tiefen des Lebensverlaufs von Haushaltsmitgliedern widerspiegeln sich auch in den subjektiven Bewertungen der Situation des Gesamthaushalts. Eine lange Arbeitslosigkeit, d.h. in der Summe über 24 Monate, eines Haushaltsmitgliedes wird durch die Betroffenen in der Regel auch mit einer negativen subjektiven Bilanz für den Gesamthaushalt bewertet. Entsprechend hoch sind die Anteile der positiven Haushaltsbewertungen in der Gruppe derer, die nie mit Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden.

Überraschenderweise gibt es aber auch unter den längere Zeit Arbeitslosen positive Bilanzen. Offenbar überlagern hier positive Haushaltsereignisse die negativen Effekte der Arbeitslosigkeitserfahrungen. Auch für eine negative Haushaltsbilanz ist eine lange Arbeitslosigkeit nicht unbedingt der einzige, aber dennoch ein wichtiger Erklärungsansatz.

Tabelle 3: Subjektive Bewertungen der Haushaltssituation (Personen der Primärgeneration)

	Zufriedenheit mit dem Einkommen[1]		Zufriedenheit mit dem Lebensstandard[1]		Subjektive Bilanz (Angaben der Bezugsperson)	
	Ø	Unzufriedene[2]	Ø	Unzufriedene[2]	positiv	negativ
		%		%	%	
Insgesamt	4,5	45	5,1	30	26	25
Erwerbsverlauf						
beruflicher Aufstieg	5,7	25	6,2	16	45	6
beruflicher Abstieg	3,2	65	4,0	52	10	41
Arbeitslosigkeitsdauer[3]						
nie arbeitslos	5,3	31	5,7	19	37	17
bis 9 Monate arbeitslos	4,5	48	5,5	24	27	19
10 bis 23 Monate arbeitslos	3,8	61	4,4	41	12	31
24 bis 35 Monate arbeitslos	3,0	65	3,8	51	9	47
über 36 Monate arbeitslos	2,8	72	3,7	56	12	45
Gegensatz 1						
Einkommen angleichen	3,9	53	4,6	39	23	33
Einkommen nach Leistung	4,8	40	5,5	26	29	21
Gegensatz 2						
jeder selbst verantwortlich	5,2	37	5,6	26	35	12
staatliche Mindestsicherung	4,3	47	5,0	31	25	28

1 Skala von 0 = ganz und gar unzufrieden bis 10 = ganz und gar zufrieden.
2 Anteile der Personen mit Wertungen von 0 bis 4.
3 Summe der Monate der Arbeitslosigkeit
Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Subjektive Bilanzen werden folglich durch die realen Veränderungen der letzten Jahre bestimmt, könnten aber zugleich Ausdruck von politischen Einstellungen zu marktwirtschaftlichen Prinzipien sein. Dies soll anhand zweier Einstellungsindikatoren überprüft werden, die eher marktwirtschaftlich orientierte, „neue" bzw. eher planwirtschaftlich orientierte, „alte" Einstellungen zum Ausdruck bringen (vgl. Seifert & Rose, 1994). Dabei interessierte uns, ob „kollektive" längerfristige Prägungen der planwirtschaftlichen Vergangenheit bei allen gleichermaßen fortwirken. Den Brandenburgern wurden dazu jeweils Gegensatzpaare von Aussagen zur Einkommensverteilung sowie zur sozialen Absicherung im Leben vorgelegt, und sie hatten zu entscheiden, welcher Ansicht sie eher zustimmen. Im Wortlaut wurde zur Einkommensverteilung vorgegeben: „Die Einkommen sollten allgemein mehr angeglichen werden" oder „Die Höhe des Einkommens sollte von der persönlichen Leistung abhängen".

Die Items „Die Menschen sollten für sich und ihr Fortkommen selbst verantwortlich sein" oder „Der Staat sollte für die materielle Mindestsicherung seiner Bürger verantwortlich sein" bildeten das zweite Gegensatzpaar. Die Unterschiede zwischen den Zufriedenheitsniveaus der betrachteten Gruppen sind hier nicht so deutlich wie in bezug auf den Erwerbsverlauf. Dennoch überwiegen unter den eher egalitär Orientierten und jenen mit Forderungen nach staatlicher Mindestsicherung die Unzufriedenen. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß es sich hier um die im Erwerbsleben eher Benachteiligten handelt. Die Befragten mit eher marktwirtschaftlich orientierten Einstellungen zur Selbstverantwortung des einzelnen liegen in ihren Wertungen hingegen über dem Durchschnitt. Mit dem Horizont einer für sich selbst als erfolgreich definierten Integration in das neue Gesellschaftssystem fällt es leichter, sich von normativen Prämissen der Vergangenheit zu lösen. Insgesamt gesehen wirken demnach die Ereignisse im Erwerbsverlauf stärker als die Einstellungen der Befragten auf die subjektiven sowohl aktuellen als auch Verlaufsbewertungen. Aber die Einstellungen zur Marktwirtschaft werden durch negative bzw. positive Bewältigungserfahrungen während der Transformationsjahre überlagert.

Der Haushalt als Lebens- und Wirtschaftseinheit

Es wurde bereits ausgeführt, daß dem Untersuchungsansatz eine Unterscheidung von gewinnorientierten und verlustvermeidenden Strategien der Lebensgestaltung zugrundeliegt. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen also Aktivitäten, die auf in diesem Sinne strategiebestimmten gemeinsamen Haushaltsentscheidungen beruhen. Will man den Haushalt als Akteur bzw. als handelnde Einheit betrachten, stellt sich die Frage, inwieweit es sich bei den betrachteten Haushalten wirklich um Lebens- und darüber hinaus Wirtschaftseinheiten handelt. Ist davon auszugehen, daß Haushalte als gemeinsame Akteure auftreten, oder ist die Annahme gemeinschaftlichen Handelns der Haushaltsmitglieder unter gemeinschaftlichen Zielprämissen eher eine „Idealvorstellung"? Kommt es in den Haushalten zumindest unter der Primärgeneration zum Abwägen von Haushaltszielen und verfügbaren Res-

sourcen bzw. Restriktionen und darauf aufbauend zu gemeinsamen Entscheidungen? Die Basis für eine gemeinschaftliche Haushaltsführung ist in der Regel ein gemeinsames Finanzmanagement, also das Haushalten im engeren Sinne. Ein Beleg für ein gemeinsames Finanzmanagement kann darin gesehen werden, daß aus einer gemeinsamen Haushaltskasse gewirtschaftet wird. Die gleichförmigen Antwortmuster bezüglich dieser Frage in allen betrachteten Gruppen sind auffällig (Tabelle 4). Lediglich in 5% der Haushalte gibt es keine gemeinsame Haushaltskasse, in die die Einkommen beider Partner der Primärgeneration fließen, und dies, obwohl auch unverheiratete Paare als Haushaltseinheit berücksichtigt wurden. Etwas anders sieht die Verteilung für andere erwachsene Personen aus, die ebenfalls im Haushalt wohnen und ein eigenes Einkommen haben. So wird nur von 17% der erwachsenen Kinder das gesamte Einkommen in die Haushaltskasse abgeführt. Aber immerhin weitere 36% zahlen monatlich einen festen Betrag und tragen damit ebenfalls regelmäßig zur Gesamtfinanzierung des Haushalts bei.

In der Befragung wurde eine Reihe weiterer Indikatoren erhoben, um empirisch zu überprüfen, ob die Voraussetzung des gemeinschaftlichen Handelns in den untersuchten Brandenburger Haushalten gegeben ist. So wurde die Bezugsperson gefragt: „Was würden Sie sagen, gibt es in Ihrem Haushalt eine finanzielle Haushaltsplanung, also führen Sie z.B. ein Haushaltsbuch oder planen Sie, wofür und wieviel Geld Sie monatlich ausgeben?". Ebenso wurde danach gefragt, ob Aufgaben und Entscheidungen, die mehr oder weniger alle Haushaltsmitglieder betreffen, besprochen werden. Die Ergebnisse zeigen, daß auch gemeinschaftliche Haushaltsentscheidungen der Primärgeneration ohne maßgebliche Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen die Regel in den Brandenburger Haushalten sind. Nur in Haushalten mit einem Kind sind gemeinschaftliche Entscheidungen etwas weniger gebräuchlich. Gerade bei diesen Haushalten handelt es sich viel häufiger um nichteheliche Lebensgemeinschaften. 24% dieser Haushalte sind mit ihrem Lebenspartner nicht verheiratet. Innerhalb aller Partnerhaushalte betrifft dies nur 17%. Unter den unverheirateten Paaren sind gemeinschaftliche Haushaltsentscheidungen insgesamt weniger verbreitet als unter Ehepaaren. Darüber hinaus leben in diesen Haushalte im Durchschnitt jüngere Paare. Ausschlaggebend für das geringere Niveau kooperativer Haushaltsentscheidungen kann demnach sowohl eine geringere Stabilität des Partnerschaftsverhältnisses als auch die noch kürzere Bindungsdauer sein.

Tabelle 4: Das Haushaltsmanagement

	Gemeinsame Haushaltskasse[1]	Besprechung von Haushaltsentscheidungen		Haushaltsplanung (Haushaltsbuch)	
		ja, immer	oft	regelmäßig	gelegentlich
	in Prozent				
Insgesamt	95	70	27	29	26
Haushaltsstruktur:					
Einpersonenhaushalt	-	-	-	23	14
Alleinerziehende	-	-	-	30	35
Partnerhaushalte ohne Kinder	93	74	24	28	30
Haushalte mit Kindern:	96	68	30	32	25
darunter: mit 1 Kind	93	66	31	29	28
mit 2 und mehr Kindern	100	70	29	35	23
Erwerbsbeteiligung der Primärgeneration					
alleinlebend, -erziehend/ erwerbstätig	-	-	-	36	16
alleinlebend, -erziehend/ arbeitslos	-	-	-	18	27
mindestens 1 Partner erwerbstätig	100	74	24	18	38
beide arbeitslos	94	69	26	37	23
beide erwerbstätig	94	69	30	29	25
Bildung der Primärgeneration					
ohne bzw. Hauptschulabschluß	100	72	25	24	25
mindestens 1 Partner Realschulabschluß	94	70	27	30	25
mindestens 1 Partner Abitur	92	70	29	33	31

1 Das Einkommen beider Partner der Primärgeneration fließt in die Haushaltskasse.

Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

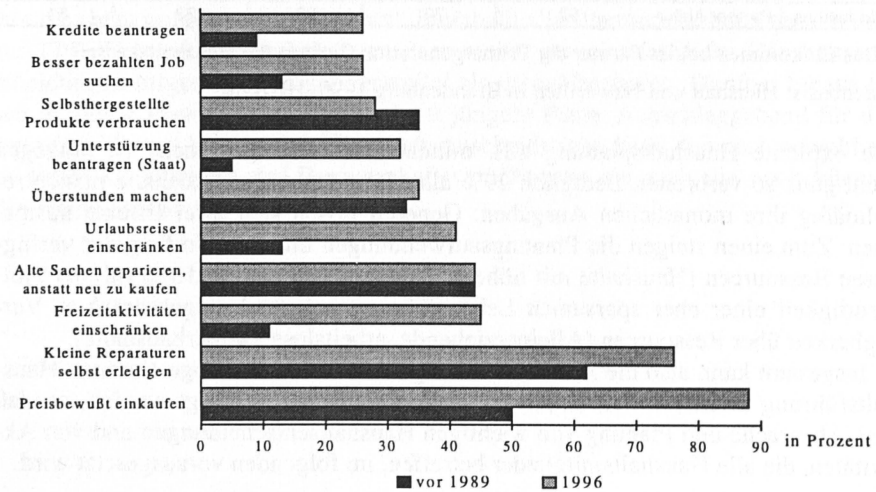
Die explizite Haushaltsplanung z.B. mittels eines Haushaltsbuchs ist hingegen nicht ganz so verbreitet. Lediglich 29% aller Brandenburger Haushalte planen regelmäßig ihre monatlichen Ausgaben. Generell lassen sich zwei Effekte ausmachen: Zum einen steigen die Planungsaufwendungen mit dem Umfang der verfügbaren Ressourcen (Haushalte mit höherer Bildung) und zum anderen mit der Notwendigkeit einer eher sparsamen Lebensführung aufgrund eingeschränkter Verfügbarkeit über Ressourcen (Alleinerziehende, arbeitslose Partnerhaushalte).

Insgesamt kann also die Annahme einer gemeinsamen und abgestimmten Haushaltsführung zwischen den Lebenspartnern anschaulich bestätigt werden, so daß eine Absprache und Planung von wichtigen Haushaltsentscheidungen und von Aktivitäten, die alle Haushaltsmitglieder betreffen, im folgenden vorausgesetzt wird.

Haushaltsaktivitäten und Haushalten

Die Analyse wendet sich nun einer Beschreibung von Aktivitätspotentialen und Mustern der Alltagsbewältigung zu. Dazu werden jeweils Extremgruppen bezüglich des Haushaltseinkommens, des aktuellen Erwerbsstatus und der Bildung der Primärgeneration sowie bezüglich der subjektiven Haushaltsbilanz betrachtet, um die Verbreitung der Aktivitäten in eher benachteiligten versus eher begünstigten Haushalten gegenüberzustellen. Besonders wichtig für die Alltagsbewältigung der Haushalte sind Aktivitäten, die genutzt werden, um finanzielle Engpässe im Haushaltsbudget auch kurzfristig auszugleichen. Den Brandenburgern wurde deshalb die folgende Frage gestellt: „Um das Haushaltseinkommen aufzubessern bzw. mit dem, was man hat, besser auszukommen, gibt es unterschiedliche Wege. Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie vor 1989 in Ihrem Haushalt genutzt und welche nutzen Sie heute?". Die Befragten geben folglich retrospektiv Auskunft über ihr Verhalten in der Vergangenheit. Gewisse Verzerrungen lassen sich bei einer retrospektiven Erhebung nicht ausschließen. Es handelt sich immer um die aus heutiger Sicht subjektiv gebrochene Wahrnehmung und Bewertung des Vergangenen. Gerade der in der Fragestellung implizit enthaltene Zeitvergleich macht den veränderten Stellenwert bestimmter Aktivitäten in der heutigen Situation aber besonders deutlich.

Abbildung 2: Haushaltsaktivitäten vor 1989 und 1996



Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Abbildung 2 vermittelt einen ersten Eindruck über in den Haushalten heute präferierte Haushalts- bzw. Coping-Aktivitäten und über die Verteilung der Aktivitäten, wie sie nach Einschätzung der Befragten vor 1989 zutraf. Fast alle Aktivitäten werden für heute häufiger genannt als für die Situation vor 1989. Eine Ausnahme bildet lediglich das Item „Selbsthergestellte Produkte verbrauchen". Es handelt sich hier offensichtlich um Aktivitäten, die in DDR-Zeiten in erster Linie für den Ausgleich des permanenten Mangels an Konsumgütern dienten. Aufgrund der anderen Preisrelationen vor 1989 konnten auf diesem Wege auch Spareffekte für die Haushalte erreicht werden, die so heute nicht mehr möglich sind. Diese Aspekte haben 1996 an Bedeutung verloren. Der schon vor 1989 wichtige Stellenwert von anderen Eigenarbeiten, wie kleineren Reparaturen von Haushaltsgegenständen oder auch Reparaturen in der Wohnung oder am Haus, hingegen hat sich nach Einschätzung der Haushalte sogar noch erhöht.

Aufgrund der geringen Möglichkeiten und des niedrigen, meist subventionierten Preisniveaus z.B. kultureller Veranstaltungen waren Einschränkungen in den Freizeitaktivitäten oder bei Urlaubsreisen vor 1989 eher selten. Auch auf staatliche Unterstützungsmaßnahmen wurde nur selten zurückgegriffen.

Tabelle 5 ermöglicht eine detailliertere Betrachtung der Aktivitätsprofile unterschiedlicher Haushalte. Die Aktivitäten sind nach der Häufigkeit ihrer Nennung geordnet. Von allen Haushalten bevorzugt werden die direkt und jederzeit beeinflußbaren internen Aktivitäten eines sparsameren Umgangs mit den vorhandenen Haushaltsressourcen durch preisbewußtes Einkaufen und den Werterhalt von bereits Vorhandenem. Auch heute werden kleinere Reparaturen von der Mehrzahl der Haushalte selbst erledigt bzw. Haushaltsgegenstände erst einmal repariert, bevor etwas Neues gekauft wird, und das insbesondere in Haushalten mit kleinem Einkommensbudget und in Arbeitslosenhaushalten. Gerade für diese Haushalte besteht die Notwendigkeit eines sparsamen Umgangs mit ihren knappen Ressourcen, und zugleich haben sie, wenn auch unfreiwillig, mehr Zeit, um diese Arbeiten durchzuführen.

Aber auch eine Einschränkung im Konsum ist in einer Reihe der Haushalte Bestandteil der Alltagsbewältigung, wobei hier die auffälligsten Unterschiede zwischen den betrachteten Teilgruppen erkennbar sind. Mit der Verschlechterung des Einkommens, der Bildung und der Haushaltsbilanz nehmen die Häufigkeiten der Nennung solcher Einschränkungen zu. Aus den bisherigen Analysen ist bekannt, daß diese Haushalte auch bezüglich ihrer Ressourcenlage kaum in der Lage sind, kostenaufwendige Urlaubsreisen oder Freizeitbeschäftigungen zu finanzieren. Die Aktivitäten weisen eher auf verlustvermeidende, anpassende Strategien der betreffenden Haushalte hin. Stark zugenommen haben 1996 die gewinnorientierten, externen Aktivitäten, die erst unter marktwirtschaftlichen Bedingungen größere Effekte für das Haushalten ermöglichen. Diese Aktivitäten sind unter Haushalten mit günstigerer Haushaltssituation, z.B. unter Besserverdienenden und Haushalten mit höheren Bildungsabschlüssen, weit verbreitet. So sind in diesen Haushalten Überstunden, Kreditaufnahmen und die Suche nach Nebenjobs besonders häufig. Wobei hier offen bleibt, ob die Suche nach einem Nebenjob erfolgreich war oder ist. Hier handelt es sich oft um Erwerbstätigenhaushalte, die auf diesem Wege zusätzliche Mittel erschließen. Entsprechend höher ist der Anteil dieser aktiven Haushalte unter den Haushalten mit positiver Entwicklungsbilanz. Mit Blick auf die hohe

Arbeitslosenrate ist es nicht überraschend, daß die Beantragung staatlicher Unterstützung heute immerhin von fast einem Drittel der Haushalte genannt wird. Der Rückgriff auf Familienbesitz und -vermögen hingegen kommt eher selten vor.

Tabelle 5: Haushaltsaktivitäten 1996 nach ausgewählten Haushaltsmerkmalen

	alle Haushalte		Einkommens-quintil		Bildung der Primär-generation		Erwerbsstatus der Primärgeneration		subjektive Bilanz	
	vor 1989	1996	unterstes	oberstes	ohne/ Hauptschule	mind. 1 Partner Abitur	beide arbeitslos	beide erwerbstätig	negativ	positiv
	in Prozent									
Verlustvermeidende Aktivitäten										
Reparaturen in der Wohng./ Haus selbst erledigen	62	76	74	68	65	84	87	82	75	78
Alte Sachen reparieren, anstatt neu zu kaufen	44	44	44	15	40	46	55	38	48	38
Selbstheregestellte Produkte verbrauchen	35	28	18	26	30	27	31	30	32	29
Kleidung selbst nähen/stricken	28	22	22	17	31	18	22	18	23	22
Ausgaben für Urlaubsreisen einschränken	13	41	69	21	42	35	51	32	57	30
Ausgaben für Freizeitaktivitäten einschr.	11	45	73	26	47	48	57	37	59	31
Familienbesitz verkaufen	1	3	0	6	4	3	5	3	3	4
Gewinnorientierte Aktivitäten										
Preisbewußt einkaufen	50	88	96	89	85	89	93	86	89	83
Überstunden machen	33	35	20	36	12	41	-	57	22	43
Besser bezahlter Job	13	26	24	21	10	24	32	31	20	25
Nebenjob suchen	11	24	22	26	12	35	31	28	19	20
Kredite beantragen	9	26	13	21	8	31	30	35	19	34
Unterstützung beantragen	5	32	33	19	28	35	44	28	35	27
Geld von Familie leihen	5	6	9	2	3	9	7	8	6	9
Durchschnittliche Anzahl aller genannten Aktivitäten	3,2	5,0	5,2	3,9	4,2	5,3	5,8	5,1	5,1	4,7

Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Betrachtet man die Kumulation der von den einzelnen Haushalten genannten Aktivitäten, fällt auf, daß für 1989 im Durchschnitt pro Haushalt nur 3,2 Items, für 1996 schon durchschnittlich 5,0 angegeben werden. Viele Haushalte wenden ihrer eigenen Einschätzung nach 1996 mehr Aktivitäten als noch 1989 gleichzeitig an. Bei den relativ schlechtergestellten Haushalten liegt dieser Wert über dem Gesamtdurchschnitt, d.h. die Haushalte versuchen auf vielfältige Weise, die zeitweiligen oder dauerhaften Defizite ihrer Ressourcenlage aufzufangen. Eine Ausnahme bilden die Haushalte mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Offenbar sind diese Haushalte im geringeren Umfang in der Lage, vielfältigere Aktivitätspotentiale zu erschließen. Die in Tabelle 6 erfaßten Verhaltensweisen machen auf mehr dauerhafte Muster der Haushaltsführung aufmerksam. Sie stehen also nicht notwendigerweise in direktem Zusammenhang mit der aktuellen Haushaltssituation. Auch hier wurden die Aktivitäten nach der Häufigkeit ihrer Nennung geordnet. Die Präferenzen der Haushalte liegen wiederum bei den Merkmalen sparsamer Haushaltsführung. Ohne große Unterschiede kaufen fast alle Haushalte vorwiegend haltbare und praktische Dinge, achten auf sparsamen Umgang mit Strom, Wasser oder Heizung und vergleichen beim Einkaufen die Preise.

Im Einkaufsverhalten hingegen lassen sich direkte Effekte der Haushaltssituation erkennen. So können die Haushalte, die keine größeren Umstellungsprobleme hatten, in der Regel im Erwerbsleben verblieben sind und in der Mehrzahl über vergleichsweise höhere Einkommen verfügen und somit die Entwicklung ihrer Haushaltssituation positiv beurteilen, großzügiger an die Haushaltsführung herangehen. Sie können die neuen Möglichkeiten des Massenkonsums wahrnehmen. Sie kaufen eher Markenware oder modische Dinge und achten auf die Qualität statt auf den Preis.

Tabelle 6: Muster der Haushaltsführung

	insg.	Einkommensquintil		Bildung der Primärgeneration		Erwerbsstatus der Primärgeneration		subjektive Bilanz	
		Unterstes	oberstes	ohne / HS	Abitur	beide arbl.	beide erw.	negativ	positiv
	in Prozent								
verlustvermeidend									
Haltbare und praktische Dinge kaufen	96	98	100	96	99	97	98	94	96
Sparsam mit Strom/ Wasser/ Heizung umgehen	96	100	87	98	91	95	93	98	93
Sonderangebote nutzen	84	93	81	87	78	90	77	86	79
In größeren Mengen, dadurch billiger kaufen	30	27	15	34	21	35	28	33	17
gewinnorientiert									
Preise vergleichen	95	100	92	96	92	98	92	96	91
Auf Qualität statt auf den Preis achten	64	42	92	41	86	58	80	46	79
Markenware kaufen	35	11	47	21	55	21	45	18	51
Modische Dinge kaufen	34	22	53	17	55	23	50	20	46

Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Die Haushalte mit negativer Bilanz, die Haushalte mit Arbeitslosen, auch Dauerarbeitslosen, Haushalte mit eher unterdurchschnittlichen Einkommen und niedrigeren Bildungsabschlüssen nutzen eher Sonderangebote, und sie kaufen in großen Mengen und dadurch billiger ein. Da es sich um dauerhaftere Muster handelt, sind die Unterschiede zwischen den betrachteten Gruppen deutlicher als in Tabelle 5.

Von besonderem Interesse in der Situation der Arbeitsmarktkrise ist, welche Aktivitäten durch die Haushaltsmitglieder unternommen werden oder wurden, um bei Arbeitslosigkeit wieder eine Erwerbstätigkeit zu finden. Zum Abschluß sollen daher unterschiedliche Wege der Arbeitssuche betrachtet werden. Für diese Betrachtung wechseln wir erneut von der Haushaltsebene auf die Ebene der Personen der Primärgeneration. Die seit 1990 mindestens einmal arbeitslosen Brandenburger der Stichprobe wurden nach den von ihnen genutzten Möglichkeiten der Arbeitssuche während der Arbeitslosigkeitsphasen gefragt, wobei Mehrfachantworten möglich waren (vgl. Tabelle 7). Auch hier muß offen bleiben, ob die jeweiligen Versuche erfolgreich waren oder nicht bzw. ob sie mehrfach genutzt wurden. Es geht vielmehr um die Häufigkeit der Nennung einzelner Möglichkeiten und um die Kumulation verschiedener Aktivitäten.

Tabelle 7: Arbeitsmarktaktivitäten (nur Personen mit Arbeitslosigkeitsphasen)

		Einkommensquintil		aktueller Erwerbsstatus		mehr als 24 Monate	subjektive Bilanz	
	insg.	unterstes	oberstes	arbeitslos	erwerbstätig	arbeitslos	negativ	positiv
	in Prozent							
Vermittlung des Arbeitsamtes	78	85	75	89	70	82	85	74
Bewerbung auf Zeitungsanzeigen	47	62	41	55	44	52	47	41
über Bekannte/ Freunde/Verwandte	45	47	53	56	39	50	53	43
persönlich vorgesprochen	44	47	41	47	50	42	44	44
über Kollegen	37	33	25	51	35	44	49	28
schriftliche Blindbewerbung	27	30	25	30	27	33	25	26
wurde angesprochen	5	3	6	2	10	1	3	11
selbständig gemacht	3	0	3	1	5	1	2	6
Fachvermittlung	2	2	0	1	3	1	1	2
Durchschnittliche Anzahl genannter Möglichkeiten	2,9	3,1	2,7	3,2	2,8	3,1	3,1	2,7

Datenbasis: Haushalt und Haushalten in Brandenburg 1996 (HHB96)

Fast alle, die auch weiterhin einen Arbeitsplatz suchten, haben sich an die Vermittlung des Arbeitsamtes gewendet, den Hauptweg der Arbeitssuche in Ostdeutschland. Nur in Ausnahmefällen wurde der Weg über die Fachvermittlung genutzt. Auch der risikoreiche Weg in die Selbständigkeit ist erwartungsgemäß eine Ausnahme, der nur von sehr wenigen gewagt wurde.

Etwa die Hälfte der ehemals bzw. aktuell Arbeitslosen hingegen hat sich auf Ausschreibungen in Zeitungen beworben. Besonders weit verbreitet ist diese Vorgehensweise unter den Einkommensschwachen.

Unter den Personen mit höherem Haushaltseinkommen ist die Suche über persönliche Netzwerke deutlicher ausgeprägt. Ein nicht unerheblicher Anteil unter den Arbeitslosen versuchte, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt über Kollegen und durch persönliches Vorsprechen zu realisieren. Besonders derzeit Arbeitslose und Personen mit langer Arbeitslosigkeitserfahrung bemühten sich, ihren ehemaligen Kollegenkreis zu aktivieren.

Im ganzen ist mit durchschnittlich 2,9 Nennungen eine relativ geringe Kumulation der erfragten Möglichkeiten der Arbeitssuche zu bemerken. Darüber hinaus hätte man erwarten können, daß gerade Personen, die die bisherige Entwicklung des eigenen Haushalts negativ bewerten, resignativ reagieren und in ihren Bemühungen am Arbeitsmarkt nachlassen. Dies kann nicht bestätigt werden. Sie liegen in der Anzahl der genannten Möglichkeiten der Arbeitssuche sogar über dem Durchschnitt. Alles in allem sind die Rangfolgen der Häufigkeiten der gewählten Wege in allen betrachteten Teilgruppen recht ähnlich, wobei das Niveau der eher benachteiligten Gruppen in der Regel etwas höher ist.

Fazit

Nach den radikalen Veränderungen in den Lebensverhältnissen seit der Vereinigung 1990 mußten sich alle ostdeutschen Haushalte auf die neuen Entscheidungs- und Handlungsspielräume der Lebensgestaltung einstellen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die gesellschaftlichen Veränderungen für die Haushalte wieder abwägbar. Das gilt auch für die betrachteten Brandenburger Haushalte. Die Haushaltssituation und deren subjektive Bewertung werden dennoch weiterhin am deutlichsten durch die Auswirkungen der ostdeutschen Arbeitsmarktkrise strukturiert. Die Dauer und die Häufigkeit von Arbeitslosigkeitsphasen bei den Haushaltsmitgliedern seit 1990 bestimmen nicht nur das Niveau der gegenwärtigen Ressourcenlage der Haushalte und die subjektive Bewertung der gesamten Haushaltsentwicklung seit der Vereinigung sondern auch die Wahl der Aktivitäten der Alltagsbewältigung. Zugleich zeigte sich, daß bestimmte Ressourcen der ostdeutschen Haushalte für eine eigenverantwortliche Haushaltsführung und -planung auch mit einem Zeitvorlauf von Vorteil sind: so die noch immer vorhandenen hohen Anteile von Zweiverdiener-Haushalten und das weiterhin intensiv genutzte Netz der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Der Stellenwert von Haushaltsaktivitäten zur Alltagsbewältigung hat 1996 im Vergleich zu 1989 in den Brandenburger Haushalten zugenommen. Die Mehrzahl der Aktivitäten wird häufiger genannt, und viele Haushalte wenden 1996 mehr Aktivitäten als noch 1989 gleichzeitig an.

Die Analysen haben nachgewiesen, daß ein Zusammenhang zwischen den im Haushalt verfügbaren Ressourcen und den präferierten Aktivitäten besteht. Haushalte in eher benachteiligten Lebenslagen, mit knappen Haushaltsressourcen zei-

gen durchaus ein größeres Bestreben, ihre Situation auch über unterschiedliche Wege zu verbessern. Besondere Bemühungen richten sich dabei auf den Arbeitsmarkt, indem auf verschiedensten Wegen versucht wird, wieder in die Erwerbstätigkeit einzusteigen. Es zeigt sich aber auch, daß gerade diese Haushalte eher auf verlustvermeidende Aktivitäten zugreifen müssen, also Anpassungsleistungen mit Einschränkungen in der Lebensführung erbringen. Haushalte, die in einer günstigeren sozialen Lage sind, können darüber hinaus auch gewinnorientierte Aktivitäten realisieren und somit ihre Ressourcen noch erweitern.

Literatur

Berger, H., Bulmahn, T. & Hinrichs, W. (1996). Erwerbsverläufe in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf das Wohlbefinden. In: M. Diewald & K.U. Mayer (Hrsg.), Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Opladen: Leske + Budrich.

Berger, H. & Schultz, A. (1994). Veränderungen der Erwerbssituation in ostdeutschen Privathaushalten und Befindlichkeiten der Menschen. Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 16, 3-15.

Berger, H. & Schultz, A. (1996). Die soziale Lage der Haushalte in Ostdeutschland. In: W. Zapf & R. Habich (Hrsg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität (S. 225-252). Berlin: Edition Sigma.

Berger, H. & Schultz, A. (1997). Ostdeutsche Privathaushalte im Spannungsfeld von Differenzierung und Integration. Hauswirtschaft und Wissenschaft, 3, 99-109.

Glatzer, W. (1994). Haushalten und Gesellschaft. In: I. Richarz (Hrsg.), Haushalten in Geschichte und Gegenwart (S. 237-247). Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.

Heckhausen, J. (1994). Entwicklungsziele und Kontrollüberzeugungen Ost- und Westberliner Erwachsener. In: G. Trommsdorff (Hrsg.), Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels in Ostdeutschland (S. 124-133). Berlin: De Gruyter.

Holst, E. & Schupp, J. (1994). Erwerbsbeteiligung in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1993. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Discussion Paper Nr. 90, Berlin.

Hormuth, S.E. & Heller, P. (1996). Erwachsene im Transformationsprozeß. In: S.E. Hormuth et al., Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe. Bericht 4 der KSPW. Opladen: Leske + Budrich.

Huinink, J. et al. (1994). Zum Zusammenhang zwischen Kontrollüberzeugungen und Kontrollstrategien ostdeutscher Erwachsener mit deren Lebensverläufen und Wendeerfahrungen. Arbeitsbericht aus dem Projekt Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR. Arbeitspapier des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Berlin.

Lutz, B., Nickel, H.M., Schmidt, R. & Sorge, M. (Hrsg.) (1996). Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Bericht 1. Opladen: Leske + Budrich.

Mathwig, G. & Habich, R. (1997). Berufs- und Einkommensverläufe in Deutschland nach der Vereinigung. In: S. Hradil & E. Pankoke (Hrsg.), Aufstieg für alle? Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern. Bd. 2.2. Opladen: Leske + Budrich.

Mohr, G. (Hrsg.) (1993). Ausgezählt. Theoretische und empirische Beiträge zur Psychologie der Frauenerwerbslosigkeit. Psychologie sozialer Ungleichheit. Bd. 6. Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Schenk, S. (1996). Berufsverläufe und Erwerbsschicksale. In: B. Lutz, H.M. Nickel, R. Schmidt & M. Sorge (Hrsg.), Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Bericht 1. Opladen: Leske + Budrich.

Schulze Buschoff, K. (1996). Haushalts- und Erwerbskonstellationen in der Bundesrepublik – Pluralisierung in West und Ost? In: W. Zapf & R. Habich (Hrsg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität (S. 189-204). Berlin: Edition Sigma.

Schwarzer, T. & Schweigel, K. (1995). Brandenburg. Industriestadt zwischen Stahlmodell und wirtschaftlicher Vielfalt. In: M. Vester, M. Hofman & I. Zierke (Hrsg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung (S. 230-288). Köln: Bund-Verlag.

Schweigel, K., Segert, A. & Zierke, I. (1992). Alte und neue Ungleichheit - Forschungsansätze. In: T. Kieselbach & P. Voigt (Hrsg.), Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und Bewältigung in der Ex-DDR (S. 183-198). Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Seifert, W. & Rose, R. (1994). Lebensbedingungen und politische Einstellungen im Transformationsprozeß. Ostdeutschland und Osteuropa im Vergleich. WZB-Paper, 94-104.

Statistischer Bericht der Stadt Brandenburg an der Havel 1995. Brandenburg 1995.

Trommsdorff, G. (Hrsg.) (1994). Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels in Ostdeutschland. Berlin/New York: De Gruyter.

Weis, O.J. (1996). Bürgermeister-Kegeln, ein Sport für Trostlose. Frankfurter Rundschau. 11. Dezember 1996.

Anschrift der Verfasserin:

Dipl.-Soz. Annett Schultz
Freie Universität Berlin
WZB, Abt. Sozialstruktur u. Sozialberichterstattung
Reichpietschufer 50
10785 Berlin